expertenReport



Quelle: KI-generierte Illustration

Land in Sicht? Deutschlands Wirtschaft gewinnt an Zuversicht und verliert an industrieller Substanz

Ute Pappelbaum

Zum siebten Mal in Folge hat sich das ifo Geschäftsklima verbessert. Im November 2026 stieg der Index auf 90,6 Punkte, nachdem er im April noch bei 84,8 Punkten gelegen hatte. Das ist zunächst eine erfreuliche Entwicklung. Allerdings verliert ausgerechnet das Verarbeitende Gewerbe, über Jahrzehnte das Zugpferd der deutschen Wirtschaft, erneut an Zuversicht. Die Frage ist daher nicht nur, ob sich die deutsche Wirtschaft erholt, sondern auch, auf welchem wirtschaftlichen Fundament diese Erholung künftig stattfinden soll.

Die Zuversicht wächst schneller als die Wirtschaft

Seit April hat sich der ifo Geschäftsklimaindex um 5,8 Punkte verbessert. Noch deutlicher fällt mit 7,8 Punkten der Anstieg der Geschäftserwartungen aus, während die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage lediglich um vier Punkte zulegte. Die Unternehmen blicken also zunehmend optimistischer in die Zukunft, während die Beurteilung der laufenden Geschäfte hinter dieser Entwicklung zurückbleibt.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Geschäftsklimasaldo nach sechs Anstiegen in Folge von plus 0,9 auf minus 1,2 Punkte gesunken. Insbesondere die Konsumgüterhersteller berichteten von einer schlechteren Stimmung. Im Dienstleistungssektor hingegen verbesserte sich der Saldo von minus 1,2 auf plus 2,4 Punkte. Auch der Handel verzeichnete eine Stimmungsaufhellung, während das Bauhauptgewerbe erneut einen leichten Rückgang hinnehmen musste.

In der Zusammenführung dieser unterschiedlichen Entwicklungen entsteht das Bild einer sich erholenden Wirtschaft. Interessanter wird es allerdings, wenn man die einzelnen Wirtschaftsbereiche hinsichtlich ihrer volkswirtschaftlichen Funktion betrachtet.

Wenn das Zugpferd der deutschen Wirtschaft erlahmt

Über Jahrzehnte verdankte Deutschland einen erheblichen Teil seines Wohlstands der industriellen Wertschöpfung. Um die großen Produktionsstandorte herum entstanden ganze Wirtschaftsregionen mit mittelständischen Zulieferbetrieben, Logistikunternehmen, Ingenieurbüros und spezialisierten Dienstleistern. Die Industrie war somit nicht

irgendein Wirtschaftssektor, sondern das Zugpferd eines Wirtschaftsmodells.

Und dieses verliert seit geraumer Zeit an Substanz.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beschäftigte das Verarbeitende Gewerbe Ende Juni 2026 rund 144.100 Menschen weniger als ein Jahr zuvor. Allein in der Automobilindustrie gingen innerhalb dieses Zeitraums 42.300 Stellen verloren. Auch im dritten Quartal setzte sich der Beschäftigungsabbau fort. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau waren 164.000 Menschen weniger erwerbstätig als im Vorjahresquartal.

Das Problem besteht dabei nicht allein im Verlust von Arbeitsplätzen. Mit der dauerhaften Aufgabe industrieller Produktionskapazitäten gehen technisches Wissen, gewachsene Zulieferstrukturen und industrielle Entwicklungsmöglichkeiten verloren, die sich auch bei einer späteren konjunkturellen Erholung nicht ohne Weiteres wiederherstellen lassen.

Vom produzierenden zum dienstleistenden Deutschland

Nun wäre eine Verschiebung von industrieller zu dienstleistender Wertschöpfung zunächst kein ungewöhnlicher volkswirtschaftlicher Vorgang. Die Frage ist allerdings, welche Dienstleistungen an die Stelle der Industrie treten und inwieweit sie selbstständig Einkommen, Produktivitätszuwächse und Exporterlöse generieren können.

Die jüngsten Beschäftigungszahlen von Destatis geben darauf eine zumindest vorläufige Antwort.

Während die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe erheblich zurückging, entstanden vor allem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, im Bildungs- und Gesundheitswesen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Gleichzeitig verloren auch die Unternehmensdienstleister sowie der Bereich Information und Kommunikation Erwerbstätige.

Volkswirtschaftlich macht es einen Unterschied, ob neue Arbeitsplätze in exportorientierten, international wettbewerbsfähigen Unternehmen entstehen oder in Bereichen, deren Finanzierung wesentlich von Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen abhängt. Das ist keine Frage der gesellschaftlichen Wertigkeit dieser Tätigkeiten, sondern ihrer unterschiedlichen Finanzierungsgrundlagen.

Konjunkturelle Erholung oder struktureller Substanzverlust?

Nun gibt es durchaus ermutigende Zahlen aus der Industrie. Im September stieg die Industrieproduktion gegenüber dem Vormonat um 1,7 Prozent. Der preisbereinigte Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe lag sogar 11,2 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Allerdings sank die Produktion im gesamten Produzierenden Gewerbe im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,4 Prozent, in den energieintensiven Industriezweigen sogar um 3,5 Prozent. Im Maschinenbau ging die Produktion allein im September um 6,5 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück.

Die Zahlen widersprechen einander nicht. Auftragsbestände können wachsen, während Beschäftigung abgebaut wird, und eine konjunkturelle Erholung kann innerhalb einer langfristig schrumpfenden Industriestruktur stattfinden. Ob Deutschland tatsächlich eine dauerhafte Deindustrialisierung erlebt, wird sich deshalb weniger an den monatlichen Stimmungsindikatoren als an der Entwicklung der Produktionskapazitäten, der industriellen Wertschöpfung und der Standortinvestitionen ablesen lassen.

Die Rechnung erreicht auch die Versicherungswirtschaft

Für die Versicherungs- und Finanzwirtschaft ist dieser Strukturwandel von erheblicher Bedeutung. Wo Produktionsanlagen stillgelegt, Investitionen verschoben und Arbeitsplätze abgebaut werden, verändern sich die Grundlagen des gewerblichen Versicherungsgeschäfts ebenso wie die finanziellen Spielräume der privaten Haushalte.

Betroffen sind die Absicherung industrieller Risiken, die betriebliche Altersversorgung und langfristig auch die private Vermögensbildung. Gleichzeitig wächst mit dem Beschäftigungsaufbau in beitrags- und steuerfinanzierten Bereichen die Bedeutung einer leistungsfähigen privatwirtschaftlichen Finanzierungsbasis.

Der ifo Geschäftsklimaindex gibt durchaus Anlass zur Zuversicht. Die entscheidende Frage bleibt jedoch, ob Deutschland in den kommenden Jahren lediglich seine Konjunktur belebt oder auch seine industrielle Substanz erhalten kann. Denn ein Land kann sich konjunkturell erholen

und dabei langfristig an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verlieren.

Quellen: ifo Institut, Geschäftsklima November 2026; Statistisches Bundesamt (Destatis), Industriebeschäftigung, Erwerbstätigkeit, Produktion und Auftragsbestand 2026

Warum steigt das ifo Geschäftsklima trotz industrieller Schwäche?

Der Index fasst die Einschätzungen verschiedener Wirtschaftsbereiche zusammen. Verbesserungen im Dienstleistungssektor und im Handel können eine schlechtere Stimmung in der Industrie rechnerisch kompensieren. Der Index misst dabei weder die tatsächliche Wirtschaftsleistung noch den Umfang industrieller Produktionskapazitäten.

Wie viele Industriearbeitsplätze hat Deutschland 2026 verloren?

Ende Juni 2026 beschäftigte das Verarbeitende Gewerbe 144.100 Menschen weniger als ein Jahr zuvor. Davon entfielen 42.300 auf die Automobilindustrie. Im dritten Quartal 2026 waren im Produzierenden Gewerbe ohne Bau 164.000 Menschen weniger erwerbstätig als im Vorjahresquartal.

Schließen sich Wirtschaftswachstum und Deindustrialisierung aus?

Nein. Eine Volkswirtschaft kann kurzfristig wachsen, während industrielle Kapazitäten langfristig abgebaut werden. Entscheidend ist, ob andere Wirtschaftsbereiche die entfallende Wertschöpfung, Beschäftigung und Exportleistung dauerhaft kompensieren können.

Welche Folgen hat die industrielle Schwäche für die Versicherungswirtschaft?

Sinkende industrielle Investitionen und der Abbau von Produktionskapazitäten können das Neugeschäft in der gewerblichen Sachversicherung, der technischen Versicherung und der Transportversicherung belasten. Beschäftigungsverluste können sich zudem auf die betriebliche Altersversorgung und die private Vorsorge auswirken.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4953291/ifo-geschaeftsklima-november-2026-industrie-deindustrialisierung/